

Stellungnahme des SPD-Fraktionsvorsitzenden im VG-Rat Konz zum Resolutionsentwurf
(04.03.2010)

Sehr geehrter Herr Dr. Frieden, verehrte Kolleginnen und Kollegen.

Sie werden doch wohl nicht allen Ernstes davon ausgehen wollen, dass die SPD-Fraktion einer Resolution zustimmen wird, die wir lediglich als populistisches Trommeln ansehen. Wenn sie eine Resolution wollen, sollten sie diese zusammen mit der FDP-Fraktion an die Partei- und Regierungsspitzen nach Berlin senden. Dort sitzen ihre Ansprechpartner.

Die SPD-Fraktion weiß sehr wohl, dass es um die Finanzen der Kommunen schon seit einigen Jahren nicht besonders gut gestellt ist. Ausgeglichene Haushalte sind im Land mittlerweile die absolute Ausnahme. Darum brauchen wir ein kurzfristig wirksames Maßnahmenpaket bis hin zu einer Finanzreform und keine populistisch aufgezugene Resolution.

Es ist offensichtlich dass mit der heute Abend zu verabschiedenden Resolution zum einen Wahlkampf pur betrieben werden soll und der Landtagswahlkampf eröffnet wird. Zum anderen ist es ein plumper Versuch vom finanzpolitischen Desaster in Berlin abzulenken. Mit dem so genannten *Wachstumsbeschleunigungsgesetz*, das in Berlin von der schwarz-gelben Koalition verabschiedet wurde, hat die Bundesregierung den Konjunkturaussichten, dem Land, den Kommunen und den Zukunftsaussichten der Menschen einen massiven Schlag versetzt.

Durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz verzeichnet alleine das Land Rheinland Pfalz Steuerausfälle von 130 Millionen Euro, bei den rheinland-pfälzischen Gemeinden sind dies weitere 60 Millionen Euro. Dies sind alleine in Rheinland Pfalz 190 Millionen Euro die weniger in Zukunftsaufgaben des Landes und der Gemeinden investiert werden können. Dies führt zwangsläufig zu Rückgängen in den Auftragsbüchern unserer mittelständischen Betriebe und zum Verlust von Arbeitsplätzen. Selbst CDU-Ministerpräsidenten haben größte Bedenken gegen dieses Gesetz vorgebracht, sind aber im Bundesrat eingeknickt, um den lieben Koalitionsfrieden nicht zu gefährden. Es ist schon verwunderlich, dass eine Staatssekretärin aus Rheinland-Pfalz namens Klöckner sich in Berlin an der Demontage der Kommunalfinanzen aktiv beteiligt. Die Frage ist erlaubt: Wo war der Aufschrei in den kommunalen Gremien (z.B. Gemeinde- und Städtebund, Deutscher Städtetag) als dieses widersinnige Gesetz verabschiedet wurde. Weiteres Stillschweigen in den Kommunalgremien als die Mehrwertsteuer für Übernachtungen gesenkt wurde.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Forderung heute Abend sollte lauten: Schluss mit der Klientelpolitik der schwarz gelben Bundesregierung, die zu Lasten des Landes, der Kommunen und der Menschen betrieben wird. Durch diese Politik werden soziale Ungerechtigkeiten vertieft, der soziale Frieden infrage gestellt.

Bevor man als verantwortungsbewusster Kommunalpolitiker der scheinheiligen Empörung des rheinlandpfälzischen Gemeinde- und Städtebunddirektors gegenüber dem Land blind vertraut, sollte man einmal näher in die kommunalfreundliche Landespolitik schauen.

Ich möchte nur zwei, drei Beispiele herausgreifen:

Das Sonderprogramm des Landes „Für unser Land: Arbeitsplätze sichern - Unternehmen unterstützen - nachhaltig investieren.“ Mit zusätzlichen Investitionen von mehr als 820 Millionen Euro in über 2590 Projekten stemmt sich Rheinland Pfalz in den Jahren 2009 bis 2011 gegen die Finanz- und Wirtschaftskrise. Von diesen Mitteln stammen 469 Millionen Euro vom Bund, den Rest tragen Land, Kommunen und freie Träger. Mehr als drei Viertel des Fördervolumens fließen in kommunale Aufgabenbereiche. Zur Unterstützung der Kommunen werden nicht rückzahlbare Zuwendungen des Landes in Höhe von rund 40 Millionen Euro geleistet. Zusätzlich und bundesweit einmalig finanziert die rheinland-pfälzische Landesregierung die Anteile der Kommunen über den Zukunftsinvestitionsfonds Rheinland Pfalz zinsfrei vor. Erst ab dem Jahr 2012 müssen die Kommunen mit der vierjährigen Tilgung beginnen. Hier werden Zinskosten in Höhe von rund 30 Millionen Euro vom Land getragen. Des Weiteren wurden die Schlüsselzuweisungen B1 zugunsten der Landkreise und der kreisfreien Städte deutlich erhöht, um deren gestiegene Kosten insbesondere im sozialen Bereich mitzufinanzieren.

Und nicht zuletzt wurde die Finanzausgleichsmasse gegenüber 2008 im Doppelhaushalt 2009/2010 auch nach zwei Nachtragshaushalten um 70 Millionen Euro in 2009 und sodann um weitere 18 Millionen Euro angehoben, obwohl die Steuereinnahmen des Landes weiter zurückgehen. Weiterhin wurde der Prozentsatz der Gesamteinnahmen des Landes, die als Zuweisungen des Kommunalen Finanzausgleichs an die Kommunen gezahlt werden von 15 auf 16,6 Prozent erhöht.

Ich komme zu dem Ergebnis: diese Resolution ist wieder Mal der unseriöse Versuch, den schwarzen Peter an der falschen Stelle zu malen. Bei allen Schwierigkeiten, die unser Land in den letzten zwei Jahren bewältigen musste und noch immer muss, sagen wir klar und eindeutig, dass es bis September 2009 der politische Einfluss der SPD-Politik war, das Schlimmste im Lande abzuwenden. Zur Zeit trifft das Sprichwort zu: Der Fisch stinkt vom Kopf her; der Kopf sitzt in Berlin.

Dem Direktor des Gemeinde- und Städtebundes Rheinland-Pfalz, unserem früheren Bürgermeister Manns, rate ich, wenn er Landespolitik betreiben möchte, dann sollte er 2011 für den Wahlkreis 26 kandidieren.